

Fachkräfte werden in fast allen Bereichen fehlen

Der deutsche Arbeitsmarkt steht vor einem fundamentalen Wandel

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland steigt kontinuierlich. 2016 verdienten 43,6 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch ein Arbeitsverhältnis oder durch selbstständige Tätigkeiten. Damit lag die Erwerbstätigenquote bei 78,7 Prozent. Doch gleichzeitig nimmt auch der Fachkräftemangel zu.

Aus Sicht der Bundesregierung sind die aktuellen Zahlen ein voller Erfolg. Die Erwerbstätigenquote liege fast zwei Prozent über der EU-Zielmarke. Es gebe zwei Millionen mehr Erwerbstätige als vor sechs Jahren, heißt es im Fortschrittsbericht 2017. Schon ist die Rede von Vollbeschäftigung. „Das Ziel war nie realistischer als heute“, erklärte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, gegenüber der Rheinischen Post.

Für die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gibt es zwei Ursachen: zum einen die gute konjunkturelle Lage, zum anderen die demografische Entwicklung. So stieg das Bruttoinlandsprodukt 2015 um 1,7 und 2016 um 1,9 Prozent. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. In vielen Branchen gehen mehr Arbeitskräfte in den Ruhestand als nachkommen. Verschärfen wird sich diese Situation, wenn ab 2030 die geburtenstarken Jahrgänge das Ruhestandsalter erreichen. „Vor diesem Hintergrund zeichnen sich in einzelnen Branchen und Regionen Engpässe bei der Gewinnung von Fachkräften ab“, heißt es im Fortschrittsbericht der Bundesregierung.

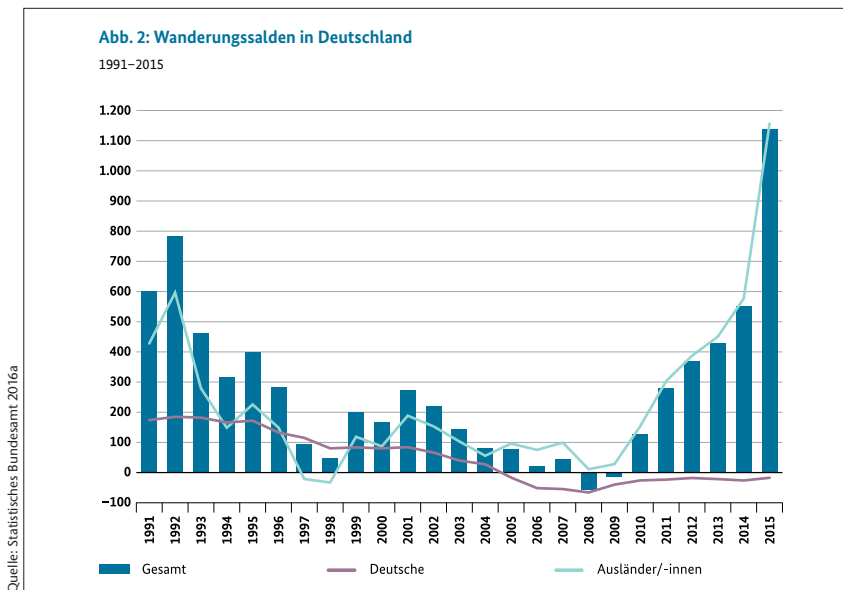
Digitalisierung verändert die Arbeitswelt

Verschärft werden könnte der Fachkräftemangel auch durch die Digitalisierung. Sie führt einerseits dazu, dass bestimmte Berufe an Bedeutung verlieren. Umgekehrt könnten aber auch Experten fehlen, die über das Fachwissen verfügen, das die deutsche Wirtschaft künftig dringend braucht. Auf diese Problematik weist auch das Schweizer Prognos-Institut hin. Deutschland habe in Sachen Digitalisierung enormen Nachholbedarf. „Junge und alte Arbeitskräfte müssen mit Qualifizierungen und Weiterbildung auf die Veränderungen der Digitalisierung vorbereitet werden“, fordert Prognos-Chef Christian Böllhoff. Wegfallen würden künftig wohl Sicherungs-



Obwohl noch nie so viele junge Menschen Medizin studiert haben wie heute, droht auch bei den Ärzten eine Unterversorgung.

und Überwachungstätigkeiten, aber auch Jobs wie Lastwagenfahrer und Packer. Ebenso werde die Digitalisierung viele Buchhalter, Kreditsachbearbeiter und Immobilienmakler überflüssig machen. Auf der anderen Seite sehen die Forscher bereits für 2020 einen Mangel an Managern, Forschern, Ingenieuren, Ärzten, Pflegern und medizinischem Fachpersonal. Prognos warnt, dass bis 2030 drei Millionen Fachkräfte fehlen könnten. Zehn Jahre später könnten es sogar 3,3 Millionen sein, wenn die Politik nicht reagiert. Der Fachkräftemangel sei schon heute ein Wachstumshemmnis für viele Betriebe. Besonders besorgt sind kleine und mittelständische Unternehmen. 78 Prozent von ihnen sehen es laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages als schwer bis sehr schwer an, Fachkräfte zu rekrutieren. Personalmangel führt demnach schon



Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland. Der Fachkräftemangel lässt sich aber nur beheben, wenn die Neubürger gut ausgebildet und in den Arbeitsmarkt integriert werden.

bei jedem zweiten Mittelständler zu nennenswerten Umsatzeinbußen.

Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Holger Schwannecke, fordert eine verstärkte Förderung des Handwerks. „Damit unsere Wirtschaft funktioniert, braucht es eine ausgewogene Balance von Facharbeitern und Akademikern“, sagte er der Neuen Osnabrücker Zeitung. Berufspraktische Tätigkeiten müssten akademischer Bildung gleichwertig gegenübergestellt werden – auch finanziell. Weil aus einem Schuljahrgang beinahe zwei von drei Absolventen ein Studium aufnehmen würden, sei absehbar, dass „das Fundament aus berufspraktischen Arbeitnehmern, auf dem die deutsche Wirtschaft beruhe, nicht breit genug sein“ werde.

Prognos sieht den Schlüssel zur Lösung des Fachkräfteproblems in der Qualifizierung der Beschäftigten. „Die Halbwertszeit von Wissen nimmt weiter ab. Daher brauchen wir immer besser qualifizierte Fachkräfte. Es werden sowohl Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung als auch solche mit Hochschulabschluss fehlen. Unqualifizierte werden dagegen von Arbeitslosigkeit bedroht sein“, so Christian Böllhoff. Verbessert werden müsse aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere junge Mütter müssten ihren Wunsch nach Erwerbstätigkeit verwirklichen können. Zwar seien mittlerweile 74,5 Prozent der Frauen erwerbstätig. Sie würden aber noch immer deutlich kürzer arbeiten als die Männer. Die Wirtschaft müsse Frauen als „vollwertige Arbeitskräfte“ betrachten. Um das Potenzial der Frauen besser als bisher auszuschöpfen, müssten die Betreuungsangebote weiter ausgebaut, die Öffnungszeiten ausgedehnt und

flexibilisiert werden. Alleine im Grundschulbereich fehlten 560000 Plätze für die Ganztagsbetreuung.

Löst Zuwanderung das Problem?

Strittig ist, ob sich der Fachkräftemangel durch Zuwanderung reduzieren lässt. „Der robuste deutsche Arbeitsmarkt zieht viele Arbeitskräfte an, die von der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union Gebrauch machen. Zugleich wirkt die anhaltende wirtschaftliche Schwäche in vielen EU-Mitgliedstaaten als Push-Faktor“, heißt es im Fortschrittsbericht der Bundesregierung. 2015 kamen aber vor allem Flüchtlinge aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland. Ihre Integration in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt sei eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahren. Wenn sie gelinge, könne das jährliche Wirtschaftswachstum bis 2030 um etwa einen viertel Prozentpunkt höher liegen als ohne diese Zuwanderung, meint das Bundesarbeitsministerium.

Für wenig Begeisterung dürfte eine weitere Forderung des Prognos-Instituts sorgen: „Da die Lebenserwartung in Zukunft weiter steigen wird, ist über das Jahr 2030 hinaus eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze systematisch geboten.“ Die Autoren der Studie räumen aber selbst ein, dass eine längere Lebensarbeitszeit politisch schwer durchsetzbar ist. „Die gewählten Szenarien abstrahieren bewusst von der faktischen rechtlichen und politischen Umsetzbarkeit und damit auch von der sozialpolitischen Bewertung der Frage, ob eine längere Arbeitszeit beispielsweise gesundheitlich möglich ist“, schreiben sie.

Leo Hofmeier